

Niederschrift

über die VIII/015. Sitzung
des Integrationsrates der Stadt Schwerte am

Dienstag, dem 13.11.2012, um 17:00 Uhr
im großen Sitzungssaal, Rathausstr. 31, 58239 Schwerte.

Anwesend:

Vorsitzende

1. Frau Aynur Akdeniz Diyanet

Diyanet

2. Herr Selim Aydin
3. Frau Karla Matussek
4. Herr Gerd Wolle
5. Herr Detlef Zenke

CDU-Fraktion

6. Herr Klaus-Jürgen Paul

SPD-Fraktion

7. Herr Domenico Capobianco

Bündnis 90/Die Grünen

8. Frau Barbara Stellmacher

FDP-Fraktion

9. Herr Wolfgang Schilken

WfS-Fraktion

10. Herr Andreas Czichowski

Fraktion DIE LINKE.

11. Frau Gabriele Dröst

Schriftführer

12. Herr Hans-Joachim Berner

Entschuldigt

13. Herr Mehmet Kutlu

Die Sitzung wurde

- a) eröffnet um 17:00 Uhr
- b) geschlossen um 18:30 Uhr

Tagesordnung

I. Öffentliche Sitzung

1. Feststellung der form- und fristgerechten Einladung sowie Beschlussfähigkeit des Integrationsrates
2. Genehmigung der Tagesordnung
3. Einwohnerfragestunde
4. Feststellung von Befangenheit
5. Die verschiedenen Aufenthaltstitel und die Gebührensätze
Berichterstatter: Herr Hans-Ulrich Meier, Leiter der Ausländerbehörde
6. Informationen zum Schwerter Bündnis gegen Rechts
Berichterstatter: Herr Michael Schlabbach, Sprecher des Bündnisses
7. Ersatzwahl **VIII/0701**
8. Umgestaltung einer Grünfläche **VIII/0702**
9. Bericht aus den Ausschüssen
10. Bericht gemäß § 5 Zuständigkeitsordnung
11. Informationen und Anfragen

I. öffentliche Sitzung

1. Feststellung der form- und fristgerechten Einladung sowie Beschlussfähigkeit des Integrationsrates

Frau Akdeniz begrüßt die Anwesenden, eröffnet die Sitzung und stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Integrationsrates fest.

2. Genehmigung der Tagesordnung

Frau Akdeniz schlägt vor, den Tagesordnungspunkt 8 „Umgestaltung einer Grünfläche“ auf die nächste Sitzung zu verschieben, da an der einen oder anderen Stelle noch Klärungsbedarf bestehe und auch der Architekt noch keine Entwürfe eingereicht habe. Die Tagesordnung wird mit dieser Änderung einstimmig genehmigt.

3. Einwohnerfragestunde

Es liegen keine Einwohnerfragen vor.

4. Feststellung von Befangenheit

Auf Nachfrage von Frau Akdeniz erklärt sich kein anwesendes Integrationsratsmitglied für befangen.

5. Die verschiedenen Aufenthaltstitel und die Gebührensätze Berichterstatter: Herr Hans-Ulrich Meier, Leiter der Ausländerbehörde

Herr Meier geht als Erstes auf die Personalstruktur der Ausländerbehörde seit dem Inkrafttreten des Aufenthaltsgesetzes am 01.01.2005 ein, die sich in zwei Arbeitsgruppen aufteile. Der Bereich der „Aufenthaltsgestaltenden Maßnahmen“ bestehe aus 13 Personen und der Bereich der „Aufenthaltsbeendenden Maßnahmen“ aus 10 Personen. Laut Herrn Meier sei die Ausländerbehörde für den Kreis Unna, jedoch ohne die Stadt Lünen, zuständig und betreue zurzeit 23.609 Ausländer, davon 7.465 EU-Ausländer, 470 Geduldete, 327 Personen mit Aufenthaltsgestattung im laufenden Asylverfahren, 7.755 Personen mit einer Niederlassungserlaubnis und 7.592 Personen mit einer befristeten Aufenthaltserlaubnis.

Herr Meier beschreibt dann ausführlich die drei Aufenthaltstitel:

- Das Visum sei die Aufenthaltserlaubnis vor der Einreise und werde durch die deutsche Auslandsvertretung erteilt.

- Die befristete Aufenthaltserlaubnis werde in der Regel erst für ein Jahr erteilt, dann jeweils für zwei Jahre, aber nur höchstens bis zum Ende der Passgültigkeit. Dieser Aufenthaltstitel werde in der Regel zur Durchführung einer Ausbildung, eines Studiums oder einer Erwerbstätigkeit, aber auch aus familiären, völkerrechtlichen, humanitären oder politischen Gründen erteilt. Zurzeit werde allerdings geprüft, ob die 2-jährige Frist nicht verlängert werden könne.
- Die Niederlassungserlaubnis nach § 9 des Aufenthaltsgesetzes gebe es in der Regel nach dem fünfjährigen Besitz einer befristeten Aufenthaltserlaubnis, wenn zusätzlich der Lebensunterhalt gesichert sei und ausreichende Deutschkenntnisse und ausreichender Wohnraum vorhanden seien. Darüber hinaus dürfe kein schwerwiegender Verstoß gegen die öffentliche Sicherheit und Ordnung vorliegen und Kenntnisse der deutschen Rechts- und Gesellschaftsordnung müssen nachgewiesen werden. Daneben gebe es noch die Niederlassungserlaubnis nach § 28 (Nachzug zu einem deutschen Ehegatten), § 19 (Niederlassungserlaubnis für Hochqualifizierte) und § 35 (Niederlassungserlaubnis für Jugendliche und Auszubildende).

Die Voraussetzungen für die jeweilige Erteilung habe sich laut Herrn Meier seit Inkrafttreten des Aufenthaltsgesetzes nicht geändert, wohl aber die Form der Erteilung. So seien z.B. die Aufenthaltstitel, die Duldung und die Aufenthaltsgestattung bis zum 31.08.2011 als Aufkleber erteilt worden, die in den Nationalpass oder den Ausweisersatz eingeklebt worden seien. Ab dem 01.09.2011 würden jedoch die Aufenthaltserlaubnis und die Niederlassungserlaubnis in Form eines elektronischen Aufenthaltstitels (eAT) als gesondertes Dokument im Kreditkartenformat mit elektronischen Zusatzfunktionen erteilt. Nur in Ausnahmefällen, wie z.B. bei einem kurzfristigen Urlaub, könnten weiterhin Aufkleber verwendet werden. Der elektronische Aufenthaltstitel speichere unter anderem ein Lichtbild, ab dem 6. Lebensjahr zwei Fingerabdrücke, individuelle Nebenbestimmungen und persönliche Daten. Herr Meier weist jedoch darauf hin, dass der elektronische Aufenthaltstitel, der wie der Personalausweis 30,80 € koste, nur in Verbindung mit dem jeweiligen Nationalpass Gültigkeit besitze, was bedeute, dass beide Ausweise mitgeführt werden müssten. Die bisherige Niederlassungserlaubnis behalte allerdings bis zum 30.04.2021 ihre Gültigkeit.

Laut Herrn Meier gebe es bei der Ausländerbehörde in Unna keine Terminvergabe, trotzdem liege die Wartezeit bei ca. 85 % der Fälle unter einer Stunde. Die Besucherzahl habe sich jedoch innerhalb eines Jahres von 16.000 auf 28.000 erhöht. Dies liege vor allem daran, dass die Ausländerbehörde sowohl zur Antragstellung, als auch zur Abholung des elektronischen Aufenthaltstitels und zu jeder Adressänderung, die allerdings kostenlos sei, aufgesucht werden müsse. Aufgrund des erhöhten Verwaltungsaufwandes und der erhöhten Sachkosten seien auch die Gebührensätze angehoben worden (s. Anlage). Empfänger von Leistungen nach dem SGB II und SGB XII seine aber von den Gebühren befreit, was jedoch für Familienmitglieder von deutschen Staatsangehörigen nicht mehr gelte.

Herr Berner stellt für Herrn Kutlu, der sich für die heutige Sitzung entschuldigt habe, die Frage, ob es eine Möglichkeit gebe, den mit dem türkischen Pass möglichen 3-monatigen Aufenthalt in Deutschland zu verlängern.

Herr Meier erklärt, dass er zurzeit prüfe, ob dies möglich sei. Normal sei jedoch, dass mit dem grünen türkischen Pass jedes halbe Jahr visumsfrei für 3 Monate eingereist werden dürfe.

Frau Stellmacher möchte wissen, warum zurzeit so viele Menschen aus dem ehemaligen Jugoslawien nach Deutschland kämen.

Herr Meier antwortet, dass die Ausländerbehörde mit dem Asylverfahren zunächst nichts zu tun habe. Die Menschen kämen nach Deutschland, würden Asylanträge stellen und würden dann in Ersteinrichtungen untergebracht, bevor sie den Kommunen zugewiesen würden. Gründe für die sich mittlerweile wieder leicht beruhigende Zuwanderungssituation lägen seiner Meinung nach an der kalten Jahreszeit, in der viele Menschen im Herkunftsland in Zeltlagern leben müssten, an der vorhandenen Diskriminierung von bestimmten Volksgruppen und am Fehlen eines mit deutschen Verhältnissen vergleichbaren sozialen Netzes. Er gehe jedoch davon aus, dass die meisten Personen im Frühjahr wieder zurückgehen würden. Andernfalls würden sie dann aufgefordert, das Land zu verlassen bzw. abgeschoben.

Auf die Frage von Herrn Schilken, ob die Ausländerbehörde eine Bundesbehörde sei, antwortet Herr Meier, dass es sich bei der Ausländerbehörde um eine kommunale Behörde handle, die aber Bundesgesetze und deren landestypische Ausgestaltung umsetzen müsse.

Herr Capobianco fragt, ob es bundesweit einheitlich sei, dass die Abschiebung von Asylbewerbern überraschend und ohne vorherige Information der Betroffenen durchgeführt werde.

Herr Meier bestätigt dies und erklärt, dass die abzuschubenden Personen nicht mehr anzutreffen seien, wenn der Termin vorher bekannt gegeben würde. Dies sei jedoch auf Grund der umfangreichen Verwaltungsarbeit, die eine Abschiebung mit sich bringe und der bereits für diesen Termin gebuchten Flüge nicht vertretbar. In den Kosovo, nach Afghanistan und in den Irak werde zurzeit sowieso nicht abgeschoben und Syrer würden derzeit als Asylberechtigte anerkannt oder bekämen eine Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs. 3 des Aufenthaltsgesetzes.

6. Informationen zum Schwerter Bündnis gegen Rechts Berichterstatter: Herr Michael Schlabbach, Sprecher des Bündnisses

Herr Schlabbach geht zunächst darauf ein, dass das Bündnis gegen Rechts fast auf den Tag genau seit einem Jahr bestehe. Mittlerweile gebe es in dem Bündnis ein breites Spektrum von über 40 Unterstützern und auch der Integrationsrat gehöre dazu. Das Bündnis sei gegründet worden, um in Schwerte präventiv gegen das Ausbreiten des rechten Gedankengutes vorzugehen. Ziel sei unter anderem, vor allem junge Menschen für das Thema zu gewinnen. Deshalb hebt Herr Schlabbach auch positiv hervor, dass sich die weiterführenden Schulen am Bündnis sehr engagiert beteiligen würden.

Regelmäßige Treffen zur Vorbereitung von Projekten und Aktionen, aber auch zum Austausch der Unterstützer und zur Herstellung der Öffentlichkeit fänden jeden 2. Montag im Monat in der Gaststätte „Zur Waage“ statt. So sei hier z.B. die vom 09.11. bis 25.11.2012 stattfindende Ausstellung „Die neue Generation Rechts – Musik, Lifestyle & Ideologie“ geplant worden. Zusätzlich bestehe ein enger Kontakt zu Thomas Schwengers, der sich in dieser Szene sehr gut auskenne und zum KuWeBe.

Herr Schlabbach hebt hervor, dass es für Schwerte sehr wichtig sei, sich bei diesem Thema zu positionieren und nach außen zu zeigen, dass sich ein starkes Bündnis gegen Rechts gebildet habe, das mit einem hohen Anteil von jungen Menschen sehr aktiv und engagiert arbeite.

Abschließend geht er auf die finanziellen Probleme bei der Durchführung der diversen Angebote ein. Da das Bündnis eine Initiative und kein gemeinnütziger Verein sei, könne z.B. kein Antrag auf Förderung durch die Sparkassenstiftung gestellt werden. Auch die Mitgliedschaft in dem Verein Stadtmarketing Schwerte sei deshalb zurzeit noch nicht möglich.

Herr Schilken möchte wissen, was bisher gegen eine Vereinsgründung gesprochen habe.

Herr Schlabbach erwähnt den „Rattenschwanz“, der mit einer Vereinsgründung verbunden sei, auf den sich aber die meisten der Unterstützer nicht einlassen wollten.

Frau Akdeniz möchte wissen, ob das Engagement des Integrationsrates für das Bündnis ausreichend sei oder ob eine intensivere Zusammenarbeit gewünscht sei.

Laut Herrn Schlabbach sei es zunächst auch für alle anderen Gruppierungen immer wichtig, dass Vertreter die regelmäßigen Sitzungen und die Veranstaltungen besuchen würden. Zusätzlich wäre es wünschenswert, wenn der Integrationsrat bei einer der kommenden Veranstaltungen mitwirken würde.

Frau Akdeniz erinnert an die Zusammenarbeit des Integrationsrates mit Thomas Schwengers während des Schulprojektes gegen Stammtischparolen, welche über 2 bis 3 Jahre gelaufen sei. Sie fände es gut, wenn der Integrationsrat dieses Projekt zusammen mit Thomas Schwengers wieder anbieten könnte. Darüber hinaus werde sie versuchen, zu einer der nächsten Sitzungen zu erscheinen, was jedoch auf Grund der Vielzahl der ehrenamtlichen Tätigkeiten nicht immer zu verwirklichen sei.

7. Ersatzwahl
Vorlage: VIII/0701

Für den ersten stellvertretenden Vorsitzenden des Integrationsrates wird nur Herr Detlef Zenke vorgeschlagen.

Frau Akdeniz lässt geheim über den Wahlvorschlag mittels Stimmzetteln abstimmen. Nach dem Wahlgang und der Auszählung der Stimmen gibt Frau Akdeniz das Wahlergebnis bekannt.

Beschluss:

Als Nachfolger/in für Frau Regina Friedrich wird Herr Detlef Zenke als erst/r stellvertretender Vorsitzender des Integrationsrates gewählt.

Einstimmig beschlossen

Ja-Stimme/n: 11 Nein-Stimme/n: 0 Enthaltung/en: 0

8. Umgestaltung einer Grünfläche
Vorlage: VIII/0702

Dieser Tagesordnungspunkt wird auf die nächste Sitzung des Integrationsrates am 19.02.2013 verschoben.

9. Bericht aus den Ausschüssen

- **Ausschuss für Demographie, Stadtentwicklung und Umwelt:**
Herr Wolle berichtet über folgende Punkte, die unter anderem in dem Ausschuss behandelt worden seien: Planung von Windparks auf Schwerter Stadtgebiet, Instandsetzung des Schwerter Bahnhofsvorplatzes, Ablehnung einer zusätzlichen Auf- und Abfahrt der BAB A1 im Bereich der Tank- und Rastanlage Lichtendorf und der Rampenplanung im Bereich der Anschlussstelle Schwerte durch das Bundesverkehrsministerium, Verabschiedung des integrativen Entwicklungs- und Handlungskonzeptes für die Schwerter Innenstadt, Prüfung ob Tempo 30 im gesamten Innenstadtring sinnvoll sei, Beschluss der Beteiligung Schwertes an der Aktion „Stadtradeln 2013“ und Prüfung der vorgelegten Unterlagen des Bauvorhabens Rottkamp.
- **Senioren- und Pflegebeirat**
Herr Berner berichtet, dass per einstimmigem Beschluss die kostenlose Einführung einer von der Seniorenunion vorgeschlagenen Notfallkarte beschlossen worden sei.

10. Bericht gemäß § 5 Zuständigkeitsordnung

Es liegt kein Bericht gemäß § 5 der Zuständigkeitsordnung vor.

11. Informationen und Anfragen

- Frau Akdeniz erwähnt, dass das klassische Sonderkonzert mit dem türkischstämmigen Pianisten Sevki Karayel, das der Integrationsrat zusammen mit der Konzertgesellschaft, der RAA Kreis Unna und der Volksbank am 21.10.2012 in der Rohrmeisterei veranstaltet habe, im nächsten Jahr eine Fortsetzung finden solle. Hierfür sei der 13.10.2013 um 15 Uhr in der Rohrmeisterei vorgesehen.
- Frau Akdeniz erinnert an die interreligiöse Weihnachtsfeier, die am 14.12.2012 um 16 Uhr im Bürgersaal stattfindet. Die Einladungen würden rechtzeitig versandt.
- Herr Capobianco spricht noch einmal den von der Tagesordnung genommenen Tagesordnungspunkt „Umgestaltung einer Grünfläche“ an. Er würde es begrüßen, wenn bis zur nächsten Sitzung des Integrationsrates der Name des Parks öffentlich diskutiert würde und sich z.B. Schulen und Vereine an der Namensfindung beteiligen würden, um so einen würdigen Namen für die Grünfläche zu finden.

Frau Akdeniz erwidert, dass der Punkt von der Tagesordnung abgesetzt worden sei, da noch Klärungsbedarf bestehe. Deshalb solle das Thema in den nächsten Sitzungen der Integrationsgruppe und in der Sitzung des Integrationsrates am 19.02.2013 erneut diskutiert werden.

Akdeniz
Vorsitzende

Berner
Schriftführer